

# Notruf 2019!

Reinhard Uhle-Wettler

**Ja, man muß dem Deutschen Volk sagen, daß es den Tod gewählt hat, und daß der Tod des großen und intelligenten Deutschen Volkes der Tod Europas ist und das Unglück der Welt.**“ So lautet das Zitat eines französischen Wissenschaftlers aus dem Jahre 1987 in dem bemerkenswerten Buch des Professors Jost Bauch mit dem Titel: „Abschied von Deutschland“. Dem kann man ohne Weiteres den Buchtitel des bekannten konservativen englischen Journalisten Douglas Murray hinzufügen, der da lautet: „Der Selbstmord Europas“. Gehen wir etwas in die jüngere Geschichte zurück, können wir leicht zu dem Schluß kommen, daß der ehemalige britische Premier Winston Churchill der erste Selbstmörder Europas war. Er holte die US-Amerikaner nach Europa und die Sowjets an die Elbe bis vor die Tore Lübecks und leitete damit die endgültige Entmachtung Europas ein. Zugleich wirkte er maßgeblich an der Zerstörung des deutschen Reiches als Zentrum Europas mit. Inzwischen nähern wir uns nahezu unaufhaltsam dem Zustand an, den der Germanist Kanji Nishio wie folgt beschreibt: „Durch die Strategie der Selbstverneinung und ethnischen Selbstaflösung wird in einem halben Jahrhundert das deutsche Volk in vermischtem Zustand anzutreffen sein. Dann wird man das Deutschland des 18. und 19. Jahrhunderts wie das antike Griechenland zum Gegenstand der Forschung machen.“

**O**hne Zweifel gibt es eine kaum noch zu bewältigende widerständige Literatur, die Front gegen die gegenwärtige Politik der Auflösung des deutschen Volkes und der deutschen Nation macht. Eine in diesem Sinne herausragende und zugleich hochaktuelle Schrift finden wir in dem Buch der Hamburger Lehrerin Petra Paulsen, betitelt mit: „Deutschland außer Rand und Band“, Zwischen Werteverfall, Political (In)Correctness und illegaler Migration. In 8 Kapiteln und einem offenen Brief an die Bundeskanzlerin analysiert sie die Notlage und begründet dies mit 760 (!) Anmerkungen. Eine durchschlagende Wirkung hat diese Art von Widerstand allerdings offensichtlich nicht. Wir können das an der Behandlung des ehemaligen Bankdirektors Thilo Sarrazin (SPD!) und seiner Bücher wie an der Ablösung des Verfassungsschutzpräsidenten Hans- Georg Maassen wegen Widerspruchs zur offiziellen Meinung und Politik ableiten. Schlimmer noch: Die undemokratische Behandlung der Partei „Alternative für Deutschland“ durch die übrigen Parteien und die Medien, deren Ausgrenzungsmaßnahmen dem Geist des Grundgesetzes mit seinen Artikeln 3-5 widersprechen. Da sind 92 (!) Abgeordnete einer alternativen Partei demokratisch in den deutschen Bundestag gewählt worden und dieser erlaubt es sich unter anderem, diesen die ihnen zustehende Position eines Vizepräsidenten dauerhaft zu verweigern. Zugleich wird mit üblen Verleumdungen jede Zusammenarbeit mit ihrer Partei abgelehnt. Wie üblich, schweigt das Volk, was soll es auch machen?

**D**ie Medien als Systemteilhaber spielen dieses Spiel in holder Eintracht mit den herrschenden Parteien skrupellos mit, anstatt in Wahrnehmung ihrer Kontrollfunktion, einzuschreiten. Wir lernen daraus: Spielregeln und Argumente ändern an den Machtverhältnissen auch in einer Demokratie nichts. Wer die Macht hat, macht, was in seiner Macht steht und was seiner Macht nützt. Ein uraltes, der menschlichen Gemeinschaft einprogrammiertes hierarchisches Verhalten, mit dem sich in jüngerer Zeit der bekannte Philosoph Panajotis Kondylis wiederholt und tiefsinnig auseinandergesetzt hat. Der einstige Berater und Minister Willy Brandts, Egon Bahr, läßt sich über die Macht allgemeinverständlich in seinem Buch: „Deutsche Interessen“ so aus: „... muß aber Deutschland auch in sein öffentliches Bewußtsein heben, daß fast alle Faktoren, die in der Vergangenheit zwischen

Staaten und Völkern eine Rolle gespielt haben, noch immer gelten und weiterwirken werden, ob das gefällt oder nicht, ob es bequem ist oder den Wünschen widerspricht. An erster Stelle steht die Macht.“

**N**un ist Politik ohnehin im Zeitalter der Globalisierung besonders schwierig und kräftezehrend geworden, bedürfte also sorgfältig ausgewählter, wohltrainierter, lebenserfahrener und unabhängiger Politiker, will man sich nicht mit der Herrschaft der Minderwertigen (Edgar Julius Jung) zufrieden geben. Die erwünschten, hochqualifizierten Leute sind nur schwer aufzutreiben. Im Zeitalter des Kapitalismus gehen die Meisten, die hohe Ansprüche haben, in die Wirtschaft und das Bankwesen. Das gilt sowohl für den Adel als auch allgemein für die alten Familien, soweit sie sich nicht ohnehin in den vergangenen Weltkriegen verbraucht haben. So ist es nicht verwunderlich, daß wir es bei vielen Politikern mit sogenannten „Sozialaufsteigern“ zu tun haben, denen Führung und Bildung sowie Tradition nicht im Blute liegt. Oft haben diese „homines novi“ nicht einmal einen Beruf ausgeübt und sich darin bewährt. Daher kann man von ihnen kaum staatsmännisches Verhalten und eine Sicht über Generationen hinweg erwarten. Für einen Parteienstaat (Richard von Weizsäcker), zu dem sich die Bundesrepublik entwickelt hat, gilt, was Alexander Solschenizyn in seinem bemerkenswerten Manifest „Rußlands Weg aus der Krise“ sagt: „Das nationale Interesse wird von Parteizielen verdunkelt“ und weiter: Für die grundlegende Entscheidung von Staatsschicksalen sind Parteien nicht zuständig, und man darf sie ihnen nicht überlassen“ und: „Wir dürfen >>Berufspolitikern<< keine Gelegenheit geben, die Stimme des Volkes mit der eigenen zu vertauschen.“ Hieraus können wir unschwer den Mangel unserer Verfassung erkennen. Sie enthält kaum konkrete Aussagen über die Verantwortung für das Ganze. Der Bundespräsident ist leider machtlos! Die Weimarer Verfassung war da zum Beispiel in den Abschnitten „Grundrechte Und **Grundpflichten** Der Deutschen“ wesentlich klarer und bestimmter.

**N**un können wir den einfachen Bürger auch in einer repräsentativen Demokratie nicht einfach von jeder Verantwortung für das Staatsschicksal freisprechen. Die Demokratie lebt ja bekanntlich von der Mitwirkung der Demokraten. Um seine im Parteienstaat gerade noch übrig gebliebenen Rechte bei Wahlen vernünftig und sachgerecht wahrnehmen zu können, muß er sich möglichst eine eigene Meinung bilden und diese vertreten. Das beeinflussen die „Mächtigen“, in dem sie mit den Mitteln der Psychologie, der Bildungspolitik, der Personalpolitik und der Medien versuchen, den Bürger in ihrem Sinne zu lenken. Dies ist – für jeden erkennbar – durch den absurden „Kampf gegen Rechts“ in Verbindung mit der Nazi- bzw Faschismuskeule längst als bundesrepublikanische Wirklichkeit nachweisbar. Angestrebt werden mit allen Mitteln die Vereinigten Staaten von Europa, ohne daß der Bürger darüber befragt wird. Wer für ein Europa der Vaterländer und damit für den Erhalt von Familie, Volk, Identität und Nation sowie ein Mindestmaß an Souveränität eintritt, wird in übelster Form verdächtigt und ausgegrenzt. Das berechtigt, den Zustand in dem wir leben, als „Postdemokratie“ (Colin Crouch) oder, wie manche sagen und schreiben, als „Fassadendemokratie“ (Ulrich Mies, Jens Wernicke) zu bezeichnen.

**M**aßgeblichen Einfluß hierbei üben die Medien aus. Manche bezeichnen sie als Vierte Gewalt, die sich als erste Gewalt im Staate aufführt. Da es für sie keinen „Ombudsmann“ wie für die Bundeswehr gibt, ist sie nahezu unangreifbar. Ihr übermäßiger Einfluß ist natürlich verfassungsmäßig überhaupt nicht vorgesehen. Ihre Macht läßt sich teilweise auf die Initiativen und die Kontrolle der Siegermächte

nach 1945 zurückführen. Damals wurde sie polemisch als „Lizenzpresse bezeichnet. Daß sie noch immer nicht frei agiert, läßt sich unter anderem aus den Recherchen des Generals a.D. Gerd Schultze-Rhonhof ableiten.

Im Vorwort zur 9. Auflage seines sensationellen historischen Buches: „Der Krieg, der viele Väter hatte“ kann man lesen, daß sich die Bundesrepublik in aller Form schon im Überleitungsvertrag von 1954 verpflichtet hat, die 200 Seiten lange Darstellung der deutschen Vorkriegs- und Kriegsgeschichte aus dem Urteilstext des Nürnberger Hauptprozesses von 1946 anzuerkennen. Diese Verpflichtung ist im 2+4-Vertrag 1990 noch einmal schriftlich bestätigt worden und bindet alle Behörden einschließlich der Schulbehörden an die Geschichtspolitik der Siegermächte. Es ist daher kein Wunder, daß wir noch immer zuhauf englische und amerikanische Propagandafilme über den II. Weltkrieg und das III. Reich vorgeführt bekommen und dies auch noch mit unseren (Zwangs-) Rundfunkgebühren bezahlen müssen. Neuere deutsche Filme zum gleichen Thema geben die Ansichten bestimmter Professoren, Journalisten und Zeitzeugen wieder, deren Kollaboration mit der Geschichtspolitik der Sieger offensichtlich ist. Man ist versucht, zu glauben, die Deutschen, allen voran die Medienleute seien überwiegend zu unterwürfigen und gehorsamen Schülern der ehemaligen Siegermächte mutiert. Die längst anstehende Würdigung des heroischen deutschen Soldatentums beider Weltkriege sowie der Leiden der tapferen Zivilbevölkerung findet jedenfalls nicht statt.

**D**as Ergebnis der Willfährigkeit unserer Medien, aber auch der Bildungseinrichtungen, ist, daß die Mehrzahl der Zeitgenossen Generation nach Generation in der Lüge lebt. Verursacher sind die ehemaligen Alliierten des II. Weltkriegs, unsere „Befreier“! Der große Soziologe, Arnold Gehlen sagt dazu im letzten Absatz seines bekannten Buches *Moral und Hypermoral* folgendes: „Und zuletzt: teuflisch ist, wer das Reich der Lüge aufrichtet und andere Menschen dazu zwingt, in ihm zu leben.“ und schließlich: „... denn es ist Wahnsinn, sich in der Lüge einzurichten.“ Wenn also Deutschland überleben will, muß es sich aus dem Reich der Lüge entfernen und die Würde der Wahrheit neu entdecken, es sei denn, seine politische Klasse setzt sich durch und löst „den Laden“ einfach auf. So hat es in etwa der oben erwähnte Thilo Sarrazin in seinem Buch: „Deutschland schafft sich ab“ beschrieben. Die Wahrheit ist dann Privatsache und das Streben danach wird zur Beliebigkeit.

**B**ei all diesen Gedanken über die Not unseres Vaterlandes muß berücksichtigt werden, daß „die einzige Weltmacht“ USA (Zbigniew Brzezinski) mit nahezu ihrer gesamten Europäischen Kommando- und Befehlsstruktur noch immer in Deutschland stationiert und mit eigenen Rechten ausgestattet ist. Der großartige, friedliche und dankenswerte Rückzug Rußlands aus Mitteleuropa hat nicht, wie so sehr ersehnt, eine neue Friedensordnung geschaffen. Der Druck auf Deutschland ist eher größer geworden, denn der US-amerikanische Imperialismus droht Mitteleuropa und damit Deutschland erneut planvoll zum möglichen atomaren Schlachtfeld zu machen. Darüber hinaus muß berücksichtigt werden, daß sich der amerikanische Botschafter in Deutschland, Richard Grenell, wiederholt freimütig erdreistet hat, unter Außerachtlassung der diplomatischen Regeln, über deutsche Politik zu äußern, als ob Zweifel an der deutschen Souveränität angebracht seien. Das sollte die deutsche politische Klasse veranlassen, verstärkt über die Wahrung deutscher Interessen und die überlebenswichtige Staatsraison nachzudenken. Leider mußten wir aber in zahllosen Talkshows und politischen Veranstaltungen erleben, daß deutsche Interessen und Staatsraison nicht einmal erwähnt,

geschweige denn diskutiert werden. Wenn wir der politischen Klasse nicht Unfähigkeit und Dummheit unterstellen wollen, so müssen wir dahinter Absichten vermuten, die dem Volk verschwiegen werden. Also doch: Deutschland schafft sich ab?

**E**in erster Schritt, den wir uns auch unter der gegenwärtigen amerikanischen Oberhoheit erlauben könnten, wäre eine bewußte und nachhaltige Pflege deutscher Kultur, wie sie in vielen Jahrhunderten gewachsen und von der Welt anerkannt worden ist. Leider gibt es dafür noch kaum öffentlichkeitswirksame Ansätze, wie das deutsche Fernsehen mit seinen erbärmlich seichten Programmen überdeutlich aufzeigt. Goethe und Schiller haben, wie die anderen deutschen Geistesgrößen offenbar keinen vorrangigen Platz mehr in der deutschen Geistesgeschichte. Man muß sich fragen, ob sich nicht auch dahinter eine Absicht verbirgt, die keinen Stolz mehr auf deutsche Kultur aufkommen lassen will. Der Wohlstandsbürger, der noch immer ein Mindestmaß an Verantwortung für die öffentlichen Angelegenheiten, die res publica verspürt, muß sich also umgehend nach seinen vorhandenen Kräften für die Linderung der Not unseres Landes einsetzen, ehe es zu spät ist und die Lageentwicklung unumkehrbar geworden ist.

Maßgeblich ist und bleibt unter den gegenwärtigen Umständen wie auch angesichts der linkslastigen Parteienlandschaft das Grundgesetz. Daran festzuhalten, dient der guten deutschen Sache. Der Amtseid des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers und der Bundesminister lautet nach wie vor gemäß den Artikeln 56 und 64 wie folgt:

„Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem **Wohle des deutschen Volkes** widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

Stand: Oktober 2019